

DIE ALTERNATIVE FÜR EIN ANDERES

SAALFELDEN

AUSGABE 2/2013
DAS GEMEINDEMAGAZIN DER GRÜNEN



WARUM ES FÜR SAALFELDEN NICHT EGAL IST,



WEN SIE BEI DER

NATIONALRATSWAHL WÄHLEN

BEISPIEL 1:

HOCHWASSERSCHUTZ

Hier ist der angesprochene Zusammenhang besonders gut zu erkennen, kommen doch die Fördermittel für den Hochwasserschutz vom Bund; es liegt daher auch in der besonderen Verantwortung des Bundes, gemeinsam mit Ländern und Gemeinden Richtlinien für einen wirksameren Hochwasserschutz als bisher zu erarbeiten.

Gerade das Beispiel Saalfeldens zeigt, was hier derzeit noch schief läuft. Durch den Umbau unserer Flüsse und Bäche (Urslau!) zu Kanälen ist zwar unser Stadtkern besser als früher geschützt, dafür richtet das Wasser flussabwärts durch seinen beschleunigten Abfluss wesentlich größere Schäden an. Im mittleren und unteren Saalachtal sind dann Orte wie Weißbach oder Lofer Opfer dieses Floria-

niprinzips. Beim Verbau der Urslau etwa war man einfach nicht konsequent genug, Retentionsflächen (mit Entschädigung der Grundbesitzer) dort vorzusehen, wo eine Überflutung nur geringen Schaden anrichtet. Eine weitsichtige Politik muss im Zusammenwirken von Bund, Ländern und Gemeinden unter anderem dringend vorsehen:

- ▶ **weiträumige Retentionsflächen** an Bächen und Flüssen
- ▶ ein **absolutes Bauverbot in Roten Zonen** (wird immer noch nicht lückenlos umgesetzt!)
- ▶ eine **drastische Reduzierung der weiteren Versiegelung unserer Böden** durch Straßen und Bebauung aber auch durch Pisten – versiegelte Böden können wenig bis kein Wasser aufnehmen.

NATÜRLICH:

Eine Nationalratswahl ist keine Gemeindevertretungswahl; zu unterschiedlich sind die Aufgabenbereiche und Gestaltungsmöglichkeiten des Bundes und einer Gemeinde – so können etwa Bund und Länder Gesetze beschließen, eine Gemeinde kann sie lediglich vollziehen, hat dabei aber oft einen erstaunlich großen Spielraum. Auf vielfältige Weise sind aber die Ebenen des Bundes und der Gemeinden miteinander verflochten, Entscheidungen, die im Bund fallen, wirken sich direkt auf unsere Gemeinde aus, oft auch umgekehrt. An einigen wenigen Beispielen sei dieser Zusammenhang dargestellt.

INHALT

- WARUM WÄHLEN?
- WOHNTÜRME
- BERNER MODELL
- SAUBERE UMWELT & POLITIK

BEISPIEL 2:

NACHMITTAGSBETREUUNG AN PFLICHTSCHULEN

Auch an Saalfeldener Pflichtschulen ist ab nächstem Schuljahr eine Nachmittagsbetreuung gesetzlich vorgesehen; diese ist eine Art Freizeitgestaltung in altersgemischten Gruppen zu mindestens 15 SchülerInnen auf freiwilliger Basis und darf nicht mit einem aus Lern-, Spiel- und Erholungsphasen verschränkten Nachmittagsunterricht verwechselt werden.

Der Bund schreibt die Nachmittagsbetreuung vor, kümmert sich aber weder um die räumlichen Voraussetzungen – diese sind auch in Saalfelden trotz Schulsanierungen nicht ausreichend gegeben – noch um Bezahlung oder ausreichende pädagogische Qualifikation der BetreuerInnen. Auch das Land lässt die für die Pflichtschulen zuständigen

Gemeinden im Regen stehen: Herr Schernthaler von der Gemeindeaufsicht des Landes teilt etwa unserer Gemeinde mit, es gebe derzeit keine Regelung für FreizeitpädagogInnen bzw. NachmittagsbetreuerInnen und die Gemeinde möge das selbst nach ihren Vorstellungen regeln. Saalfelden behilft sich mit NachmittagsbetreuerInnen mit (Entlohnungsschema der Kindergärten) und ohne pädagogische Ausbildung (d-Posten), Letztere sollen in Kursen eine Kurzausbildung zu FreizeitpädagogInnen erhalten. Übrigens: Kindergartenpädagoginnen und FreizeitpädagogInnen dürfen nicht einmal Hausübungsbetreuung anbieten! Wir Grüne fordern schon lange: Schulpolitik aus einer Hand – wenn der Bund neue Vorgaben macht, ist er für deren Umsetzung verantwortlich – auch in finanzieller Hinsicht, auch, was die Ausbildung der BetreuerInnen betrifft.

BEISPIEL 4:

LEISTBARES WOHNEN

Auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene ist leistbares Wohnen zu einem zentralen Thema geworden. Für viele Menschen hat die Preisentwicklung beim Wohnen längst die Schmerzgrenze überschritten; die Zeiten, in denen ein großer Teil der Bevölkerung davon ausgehen konnte, maximal ein Drittel des monatlichen Einkommens für Wohnzwecke ausgeben zu müssen, sind lang vorbei.

Viele junge Menschen sehnen sich nach wie vor nach einem Eigenheim, wie jüngste Studien belegen, wissen aber gleichzeitig, dass sie mit einer kleineren Mietwohnung auskommen werden müssen. Dabei kann auf vielen unterschiedlichen Ebenen angesetzt werden, dieses Problem zu bekämpfen.

Nur einige Beispiele:

- ▶ Der Bund kann ÖNORMEN und Europanormen auf **unnötig kostentreibende Vorschriften** (bis hin zu Details wie der Handlaufgestaltung von Stiegen) hin durchforsten, freilich ohne Verzicht auf die Qualität der Baustoffe oder umwelt- und behindertengerechtes Bauen. Georg Pendl, Chef der österreichischen

Ziviltechniker, sieht hier ein **relevantes Einsparungspotenzial**.

- ▶ Auch die Bauordnung betreffende Landesgesetze müssen überarbeitet werden. Ein Beispiel: Das Bundesland Salzburg sieht 1,2 Stellplätze pro Wohneinheit vor, Saalfelden dehnte auf 1,5 aus. Viele dieser Stellplätze sind in Garagen, die Pflicht zum Garagenbau bringt **unnötige Kostensteigerungen**; sogar Mieter, die gar kein Auto haben, müssen zahlen. In Wien gelten übrigens ab 1. Jänner 2014 neue sparsame Regelungen (1 Stellplatz pro 100 m² Wohnfläche, gleichzeitig verstärkte Solarförderung).
- ▶ Neue kostengünstige Verfahren werden im Wohnbau viel zu wenig konsequent angewendet, dabei wäre das nötige Know-how in Bezirk und Stadt vorhanden. Denken wir etwa an die Modulbauweise, die auch für den Holzbau hervorragend geeignet ist. Beispiele: Die Firma Meiberger in Lofer ist ein weit über unsere Grenzen hinaus bekannter innovativer Betrieb; die Saalfeldener Architekten Sitka und Kaserer haben gerade den renommierten

BEISPIEL 3:

BILDUNGSZENTRUM

Seit Jahren platzt das Bildungszentrum aus allen Nähten – ein weiterer Betrieb ist ohne umfangreiche bauliche Maßnahmen nicht mehr sinnvoll.

Die vom Vorstand des Bildungszentrums favorisierte und von uns Grünen unterstützte Variante sieht einen Um- und Ausbau des derzeitigen Standortes im früheren Feuerwehrgebäude vor. Damit kann auch die vorteilhafte Kombination aus Volkshochschule und Bibliothek an einem Standort aufrecht erhalten werden. Durch die zögerliche Haltung auch von Teilen der SPÖ, zuletzt in der Gemeindevertretungssitzung am 8. Juli, erscheint die Verwirklichung dieses Projekts nicht hinreichend gesichert. Was droht? Wenn wir nicht bald eine brauchbare Lösung zustande bringen, wird die Volkshochschule ihre Bezirksstelle nach Zell am See verlegen, Saalfelden seine wichtigste Erwachsenenbildungseinrichtung verlieren. Was das Ganze mit dem Bund zu tun hat? Der Bund trägt einen wesentlichen Teil der Personalkosten (zuletzt 46.000 Euro) und fördert auch die Bücherei, diese Mittel würden verloren gehen.

Vorarlberger Holzbaupreis für das in Holzmodulbauweise kostengünstig errichtete Sozialzentrum Pillerseetal erhalten.

- ▶ Ein besonders heikler Punkt sind Baulandsicherungsmodelle. Einst dafür gedacht, weichenen Bauernkindern und jungen Familien günstigen Baugrund zur Verfügung zu stellen, erfüllen sie diese Funktion aufgrund der Kostenexplosion im Bauwesen nur mehr sehr eingeschränkt. Maßnahmen wie die folgenden könnten Abhilfe schaffen:
 - ▶ **keine Förderung von Einzelhäusern**, sondern von verdichtetem Flachbau
 - ▶ Parzellengrößen ausschließlich **unter 400 Quadratmetern**
 - ▶ **konsequente Umsetzung einer Sperrfrist**: Derzeit kann der Käufer den soeben günstig erworbenen Grund am nächsten Tag zu Marktpreisen verkaufen!

Wir sehen also an diesen wenigen Beispielen: Die Ebenen Bund und Gemeinde haben mehr miteinander zu tun, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Daher ist es ist für Saalfelden und die Gestaltungsmöglichkeiten der Gemeindepolitik keineswegs egal, wem Sie am 29. September bei der Nationalratswahl Ihre Stimme geben!

WOHNTÜRME ROHRMOSERGRÜNDE

Mit acht Stockwerken und ca. 25 Metern Höhe sind diese geplanten Wohntürme eindeutig zu hoch geraten und stören das Stadtbild von Saalfelden massiv.

- ▶ Auch wenn platzsparendes Bauen das Gebot der Stunde ist: **Was hier geplant wurde, ist um zumindest zwei Stockwerke zu hoch.** Zur Stadtentwicklung gehört auch eine gewisse Sensibilität im Umgang mit den Sichtbeziehungen von den Aussichtsplätzen der Stadt. Nachhaltiges Bauen kann nicht ohne diese Sensibilität auskommen und schon gar nicht, wenn als Ziel der Stadtentwicklung das Wohlfühlen der BürgerInnen im Vordergrund stehen soll und nicht die profitabelste Verwertung von Grundstücken.



ZU HOCH GERATEN

- ▶ Wir GRÜNE Saalfelden stehen zu platzsparender Verbauung, jedoch unter Beachtung der menschlichen Dimensionen. Das ist hier – mit dem Segen des Bauausschusses,

des Bürgermeisters und der Gemeindevertretung (gegen die GRÜNEN) – nicht nur gründlich daneben gegangen, sondern eine mutwillige Zerstörung des Stadtbildes!

BEGEGNUNGSZONE

BERNER MODELL

ABGESCHRIEBEN ODER DOCH NICHT?

ZUR ERINNERUNG:

- ▶ SPÖ und FPÖ haben sich in Sachen Umfahrung mehrfach gegen das von den Verkehrsplanern des Landes und Dr. Haslauer favorisierte Modell ausgesprochen (Ausbau der S-Bahn, verstärkter öffentlicher Busverkehr, Kreisverkehrserweiterung, Ausbau B311 und Pfortnerampeln).
- ▶ Dr. Haslauer hat in seiner Funktion als Verkehrsreferent die Finanzierung des Berner Modells angeboten, was von SPÖ und FPÖ abgelehnt wurde.
- ▶ Es stellt sich die Frage, wozu der Stadtplatz nach dem Berner Modell umgestaltet wurde, wenn man jetzt nicht weitermacht.
- ▶ Im Jahr 2010 hat sich die Gemeindevertretung einhellig zum geplanten Projekt Berner Modell bekannt. Wir Grüne wollen diese dringend notwendige Verkehrsmaßnahme in den nächsten 2 Jahren gemeinsam mit der Bevölkerung endlich umsetzen und nicht weiter auf den Sankt Nimmerleinstag verschieben.

Die Begegnungszone („Shared Space“) würde auf der Almer Straße

im Bereich zwischen Brandlbrücke (Abzw. Ritzensee) und Stadtplatz (Congress) ein Miteinander von Fußgängern, Radfahrern und motorisiertem Verkehr ermöglichen. Fußgänger können an jeder Stelle den Bereich queren, wobei diese Sichtkontakt zu den Lenkern halten und einander respektieren. **Niveaugleichheit von Fußgängerstreifen und Fahrbahn, die trotzdem getrennt bleiben, sowie eine deutliche Kennzeichnung der Bereiche schaffen hierfür die Grundlage.** Das Modell ist in vielen Gemeinden in der Schweiz und inzwischen auch in Österreich (Thalgau, Mödling, St. Pölten, Wels, Wolfurt, Bludenz, Dornbirn, Graz, Judenburg, Velden)¹ erprobt und funktioniert tadellos. Das ständige Stopp und Go am Fußgängerübergang wird vermieden. Der wesentlich flüssigere Verkehr schafft eine deutliche Verbesserung sowohl für die Anrainer als auch alle Verkehrsteilnehmer und senkt außerdem die Unfallgefahr durch die Reduzierung der Geschwindigkeit auf Tempo 20. Die Begegnungszone ist seit März dieses Jahres auch in der



Straßenverkehrsverordnung festgelegt und gesetzlich verankert.

Wir hoffen, dass die Verhandlungen zwischen Herrn Bürgermeister Rohrmoser und Verkehrslandesrat Mayr endlich Ergebnisse bringen.

¹ Quelle: VCÖ: <http://www.vcoe.at/de/presse/aussendungen-archiv/details/items/vcoe-begegnungszonen-setzen-sich-langsam-in-oesterreich-durch-25072013> und „Die Presse“: <http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/1328235/Mehr-Miteinander-auf-der-Strasse>

SAUBERE UMWELT SAUBERE POLITIK.

Es ist höchste Zeit für einen politischen Neubeginn in Österreich. Korruption und Machtmissbrauch haben das Vertrauen in die Politik geschädigt. Wichtige Reformen, von der Schule bis zum Klimaschutz sind auf der Strecke geblieben. Wir wollen die drängenden Probleme unserer Gesellschaft lösen und haben ganz konkrete Ideen und Konzepte.



DIE GRÜNEN SIND:

- ▶ für eine **saubere Umwelt und gesunde Bio-Lebensmittel**. In allen Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern wollen wir 100% Bio-Essen. Wir wollen eine lückenlose Lebensmittel-Kennzeichnung und strengste Kontrollen.
- ▶ für eine **Bildungsrevolution**. Unsere

Vision: Die Schule wird zum Ort, an dem sich alle Kinder wohl fühlen und entwickeln können – unabhängig vom Einkommen der Eltern.

- ▶ für ein **sorgenfreies Leben**. Mit einem **gerechten Steuersystem**. Mit fairen Mietpreisen und mit gleichem Lohn für Männer und Frauen.

- ▶ für **Transparenz, Kontrolle und den verantwortungsvollen Umgang mit unserem Steuergeld**.

ES IST HÖCHSTE ZEIT, DASS SICH WAS ÄNDERT. GEMEINSAM KÖNNEN WIR DAS SCHAFFEN.

- ▶ Mehr Infos unter: www.gruene.at

ÖSTERREICH BRAUCHT MEHR BILDUNK.

**BESTE BILDUNGSCHENCEN FÜR ALLE!
GEMEINSAM SCHAFFEN WIR DAS.**

